

Tagespruch

Deutsches Volk! Befinne dich auf dich selbst! Adolf Hitler. Aus der Rede am 1. Mai 1933.

Gegen die Abwanderung von Arbeitskräften

Zur Anordnung des Reichstreuhänders für das Wirtschaftsgebiet Sachsen

Zu der Anordnung des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sachsen, Ernst Stiebler, deren Vorkant wir gemeldet hatten, und die auf Grund der Verordnung über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938 erlassen worden ist, schreibt die Wirtschaftsstammer Sachsen: Die Anordnung richtet sich gegen das Ueberhandnehmen der Abwanderung von Arbeitskräften in zahlreichen Gewerbegruppen. Sie ist eine notwendige, der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens dienende Maßnahme.

Oberstes Gebiet der Wirtschaftspolitik und des Arbeitsinanspruch im Vierjahresplan ist die ausreichende Versorgung der deutschen Volksgenossen mit allen notwendigen Wirtschaftsgütern. Aus staatspolitischen Gründen mußten daher vereinzelt Einstellungsbeschränkungen zur Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses erlassen werden, die nunmehr aus vorwiegend sozialpolitischen Gründen durch die Entlassungsbeschränkungen des Reichstreuhänders der Arbeit zur Sicherstellung der Produktion eine Ergänzung erfahren.

Selbstverständlich soll mit der damit verbundenen Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels weder eine unsoziale Unterbindung des sachlich berechtigten Aufstieges erfolgen, noch sollen die im Gegenteil zu verstärkenden Bemühungen auf Heranbildung von Fachkräften irgendwie in Mitleidenschaft gezogen werden, noch sollen berechtigte Lohnerbhöhungen ausgeschlossen werden, die auf einer gleichzeitigen Produktionssteigerung beruhen.

Vielmehr bezweckt die Anordnung eine Zusammenfassung aller Kräfte, um einem ungeragelten, volkswirtschaftlich schädlichen und sozial nicht gerechtfertigten Arbeitsplatzwechsel entgegen zu wirken.

Die Gewähr eines gerechten Ausgleiches ist allein schon dadurch gegeben, daß sich der Reichstreuhänder der Arbeit die Ueberprüfung der Kündigungen in jedem Einzelfall vorbehält.

Die Anordnung enthält die Forderung an die Betriebe, auf Mittel und Wege zu sinnen, um mit den vorhandenen Arbeitskräften durch entsprechende Rationalisierung und durch Verbesserung der Arbeitsmethoden — ohne Beeinträchtigung des beruflichen Aufstieges vorwärtstreibender tüchtiger Gesoltsmänner — eine eng verbundene Betriebsgemeinschaft herzustellen, die ihre Aufgabe nicht erblickt in dem Streben nach Selbsterwerb, sondern im Dienst am Volksganzen.

Die Anordnung wendet sich deshalb sowohl an die Betriebsführer als an die Gesoltsmänner, denn die soziale Selbstverwaltung ist ihre gemeinsame Aufgabe.

Bei zusätzlichem Bedarf an Arbeitskräften gilt es nicht, zu dem bequemsten Mittel der Abwerbung aus anderen Betrieben oder Bezirken Inzucht zu nehmen; noch sind erwerbslose Volksgenossen, ältere Angestellte, vorhanden, die ein Recht auf Arbeit haben und deren Eingliederung in den Arbeitsprozeß erfolgen kann. Der Einsatz von Arbeitskräften unter ausschließlicher Inanspruchnahme der Vermittlung durch das Arbeitsamt in Verbindung mit technischen Verbesserungen im Betrieb sichert einen höheren Ertrag der Arbeit und ist ein wertvollerer Beitrag zur Beseitigung des Mangels an Arbeitskräften als die disziplinlose, unlautere Methode des Abspenigmachens, wodurch eine unerwünschte Unruhe in die Betriebe hineingetragen, die Gesoltschaftstrennung beeinflusst und ungesunde Spannungen hervorgerufen werden.

Die Anordnung bedeutet eine Warnung an die Betriebsführer, sich im Wettbewerb zu mahigen und insbesondere auch dadurch zu der gebotenen Sicherung des Arbeitsfriedens beizutragen, daß eine heimliche Werbung von Arbeitskräften unterbleibt.

Die Wahrung des Arbeitsfriedens, die den höheren Interessen des Volkes dient und den Wirtschaftsaussitz sichert, verlangt Pfllichterfüllung gegenüber der Volksgemeinschaft. Das ist die Mahnung, mit der sich der Reichstreuhänder der Arbeit, Stiebler, in seiner Anordnung vom 19. September 1938 an die Betriebsführer und Gesoltsmänner wendet.

Das Ziel der Slowakei: Autonomie unter der Stephanstrone

Mitteilung des Slowakischen Rates über einen ungarisch-slowakischen Geheimvertrag. Der Slowakische Rat teilt folgendes mit: Der Präsident des Slowakischen Rates, Felica, hat dem Generalsekretär der Liga eine Denkschrift überreicht, in der geheime Dokumente über die Pariser Friedenskonferenz bekanntgegeben werden, aus denen sich ergibt, daß damals zwischen der polnischen und der unga-

Moskaus Werkzeug

Der neue tschechische Ministerpräsident General Johann Syrovak hat eine für Volkswirtschaftsfreunde typische Laufbahn hinter sich. 1888 in Trebitz in Mähren geboren, trat er 1914 als Freiwilliger in die Tschechische Legion in Rußland ein und wurde im Mai 1915 Offizier. Bereits 1918 gelang es ihm auf Grund seiner guten Beziehungen zu den Moskauer roten Machthabern, General und Kommandeur der tschechischen



(Scherl-Wagenborg.)

Region in Rußland zu werden. Im Juni 1920 kehrte Syrovak dann in seine Heimat zurück. Dort wurde er zuerst zum Landeskommandanten von Böhmen, 1924 zum stellvertretenden und am 1. Januar 1926 endgültig zum Generalkommandanten ernannt. Im März 1926 wurde er Heeresminister, übernahm jedoch noch vor dem Oktober 1926 erfolglos Kabinettsbildung wieder das Amt des Generalkommandanten. Seit Ende 1926 ist er Generalinspekteur der tschechischen Wehrmacht.

rischen Regierung sowie den Führern des slowakischen Volkes ein Abkommen über die Autonomie der Slowakei und ihre Angliederung an Ungarn getroffen wurde. Die slowakischen Ansprüche wurden damals von dem kürzlich verstorbenen Führer der slowakischen Volkspartei, Vater Slnka, in Paris vertreten. Auf Verlangen von Benesch bei den Pariser Volksbehörden wurde die slowakische Delegation, zu der auch Felica, gehörte, aus Frankreich ausgewiesen.

Der damalige polnische Ministerpräsident Paderewski nahm sich der slowakischen Sache an und auf seinen Rat hin überreichten die Slowaken der Friedenskonferenz eine Denkschrift, in der auf die Notwendigkeit einer Volksabstimmung in der Slowakei hingewiesen wurde. Dieses Verlangen wurde jedoch nicht berücksichtigt, was die polnische Delegation veranlaßte, ihr Erstaunen darüber auszudrücken, daß die Tschechen ohne Volksabstimmung ganz Nordungarn erhielten, während Polen um das kleinste Stück Land Abstimmungskämpfe führen mußte.

Noch im Jahre 1920 kam auf Anregung Pilsudskis und mit Unterstützung der polnischen Diplomatie eine Versöhnung zwischen Slowaken und Ungarn zustande.

Am 9. Januar 1920 wurde in Budapest ein Geheimabkommen abgeschlossen, das die nationale Besonderheit des slowakischen Volkes und sein Recht auf Autonomie unter der Stephanstrone anerkannte. Dieses Abkommen wurde vom Reichsverweser Horth als nicht unterzeichnet. Von jenem Tag an führte Slnka im Einvernehmen mit Felica den Kampf für die Autonomie der Slowakei. Aus diesem Grund hat auch Slnka vor seinem Tod seinen Nachfolger auf die Fortsetzung des Kampfes um die Autonomie der Slowakei gemäß dem Budapestener Geheimabkommen bereidigt.

„Wir werden niemals verzichten“

Polen und Ungarn fordern ihr Recht. Starker Zustrom zum polnischen Freikorps. Polen und Ungarn erheben ebenfalls mächtig ihre Stimme und fordern die Rückgliederung der seit zwanzig Jahren in tschechischer Knechtschaft schmachtenden Gebiete. Die Polen haben zur Unterstreichung ihrer Forderung ein polnisches Freikorps aufgestellt, das mit der Waffe in der Hand die unterdrückten Volksgenossen in der Tschechei befreien will. Es hat ein riesiger Zustrom von Polen zu dem Freikorps eingesetzt. Die polnischen Blätter erinnern bei dieser Gelegenheit an die Worte, die der verstorbene Marschall Pilsudski vor neunzehn Jahren an eine polnische Abordnung in der Tschechei gerichtet hat: „Wartet voller Glauben und harret aus! Wir werden auf euch niemals verzichten!“

Die Warschauer Presse weist darauf hin, daß angesichts der Entwicklung in Prag die Bolschewisierung der Tschechei immer deutlicher in Erscheinung trete. Die Blätter verzeichnen voller Erbitterung Ueberfälle auf Polen und geben erschütternde Einzelheiten wieder, die die aus dem Tschecher Gebiet geflohenen Polen berichten. Danach werden zahlreiche Polen von den Tschechen in Gefängnisse geschleppt, außerdem werde die polnische Volksgruppe von tschechischen Spiegeln überfallen und umgebracht. — Der Warschauer „Tag“ erklärt, Polen wolle neben der Rückgabe des Tschecher Gebietes eine gemeinsame Grenze mit Ungarn.

Großkundgebungen in Warschau und Budapest

In Polen finden zahlreiche Kundgebungen statt, in denen die Befreiung der Polen im Tschecher Gebiet gefordert wird. Auf dem Marschall-Pilsudski-Platz in Warschau fand eine Großkundgebung statt, an der weit über 100 000 Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung teilnahmen. Es wurde eine Entschlieung gefaßt, in der es heißt, das Volk warte auf den Marschbefehl und sei bereit zu allen Opfern, um die Rückkehr der Polen aus der Knechtschaft der Tschechen zu verwirklichen.

Auch in Budapest fand eine große nationale Kundgebung statt, bei der Bilder des Reichsverwesers von Horth, des Führers und des Duce im Zuge mitgeführt wurden. Der Erzbischof hielt eine Ansprache, in der er, von tausenden Beifallskundgebungen unterbrochen, die Rückgabe der zum tschecho-slowakischen Staate gezwungenen ehemals ungarischen Gebiete forderte.

Die Zahl der über die Grenze nach Ungarn Flüchtenden nimmt immer mehr zu. Die Flüchtlinge berichten übereinstimmend, daß ein ungeheurer Terror in ungarischen Volksgruppengebiet herrsche und daß auch schon sowjetrussische Soldaten aufgetaucht seien.

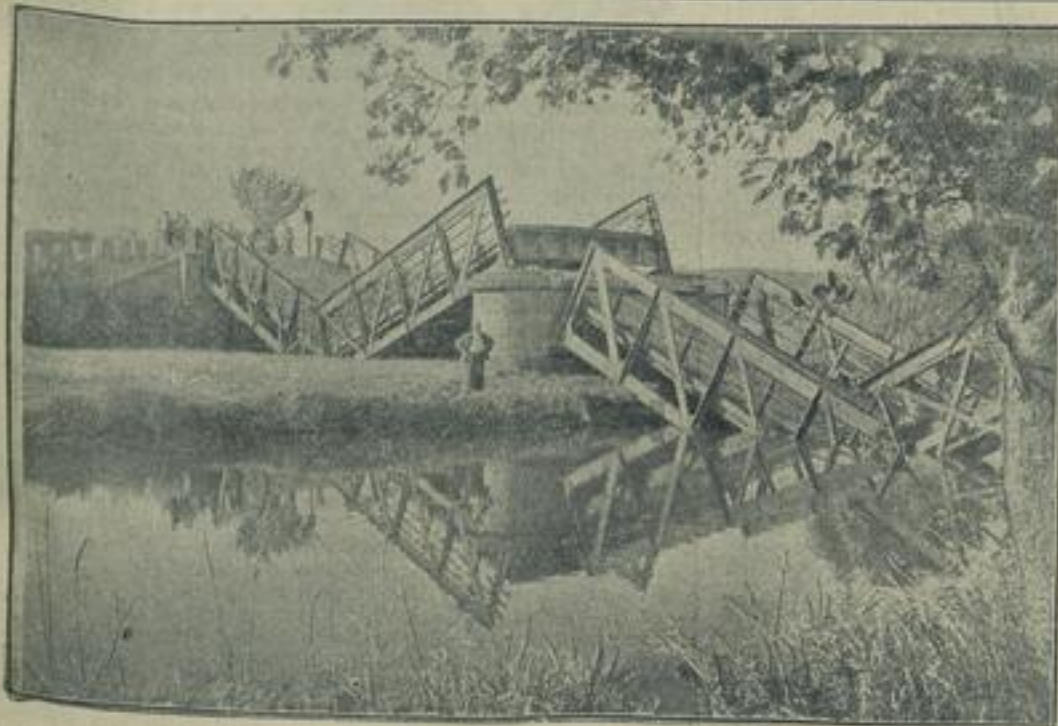
Karpaten-Ukraine will frei sein

Entschlossene Front gegen Prag.

Scheinbar auf Befehl Moskaus hat die Prager Regierung Spezialabteilungen aus Gendarmerie und Militär in aller Eile nach der Karpaten-Ukraine geschickt, um durch Terrormaßnahmen eine Aufstandsbewegung der Ukrainer niederzuhalten. Die Erregung unter den Ukrainern steigt von Tag zu Tag. Viele Führer der ukrainischen Nationalbewegung haben sich in die schwer zugänglichen Gebirgsgegenden der Karpaten begeben, um einer Verhaftung durch die Tschechen zu entgehen und die ukrainische nationale Unabhängigkeitsbewegung weiter zu aktivieren.

Die „Ukrainische Nationale Wehr“ fordert kompromißlos die nationale Selbständigkeit der Karpaten-Ukraine. Flugblätter, die in der ganzen Karpaten-Ukraine verteilt werden, verlangen das Selbstbestimmungsrecht. Die ukrainischen nationalen Organisationen haben an die europäischen Großmächte Telegramme mit dem Appell gerichtet, für die Karpaten-Ukrainer in gerechter Weise das Selbstbestimmungsrecht im vollsten Umfange zur Anwendung zu bringen.

Nach der Verkündigung der Mobilisierung aller Jahrgänge zwischen 20 und 50 hat sich die ukrainische Bevölkerung entschieden geweigert, Militärdienste zu leisten und für fremde tschechisch-bolschewistische Interessen zu kämpfen. Diejenigen ukrainischen Soldaten, die doch eingezogen wurden, und von den Tschechen gezwungen werden gegen die Sudetendeutschen zu kämpfen, weigern sich, weitere Militärdienste zu leisten und geben in voller Uniform und bewaffnet über die Grenzen nach Deutschland und Ungarn über. Um die Mobilisierung der Dorfbevölkerung zu verhindern, haben die ukrainischen Bauern auf den Landstraßen Barrikaden errichtet. Verstärkte tschechische Gendarmerieabteilungen wurden in die Dörfer des Kreises Rusatzschow entsandt, um den Widerstand der ukrainischen Bevölkerung zu brechen.



Bolschewistische Zerstörungswut der Tschechen. Ein von den Tschechen bei dem sudetendeutschen Ort Grasslitz gesprengte Brücke. (Associated-Press-Wagenborg-R.)



Der feige Ueberfall der Tschechen in Eger. Nach dem Feuerüberfall der Tschechen auf die Hauptgeschäftsstelle der SpV. im Hotel Victoria in Eger bot das Haus diesen Anblick. (Scherl-Wagenborg-R.)